



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 686 890

P/XIV/254 - 7. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Piraterie unter Verbündeten "Bilbao" - war die "Rote Hand" im Spiel ?	32
2	"Dein guter Stern auf allen Straßen" Zur Einstellung des Verfahrens gegen Kilb Von Franz Barsig	52
3 - 4	Große Sorgen in Smyrna Die NATO und die türkische Demokratie	63
5	"Rettet die Freiheit" - vor William Schlämm Gastfreundschaft und nationale Würde	53
6 - 7	14-Stunden-Fron für Maria Vierzehnjährige gehören nicht in die Fabrik	102

* * * *
* * *

Piraterie unter Verbündeten

sp - Es wird Aufgabe der Bundesregierung sein, auf diplomatischem Wege und mit einem Protest die Aufbringung des deutschen Frachters "Bilbao" auf freiem Meer durch ein französisches Kriegsschiff zu klären und zurückzuweisen. Allerdings gibt es bei dieser Angelegenheit gar nichts zu klären, denn die Rechtslage ist so eindeutig, dass schlicht und einfach von einer Piraterie gesprochen werden kann. Man darf gespannt sein, wie Paris den zu erwartenden diplomatischen Schritt Bonn beantworten wird.

Aber unabhängig davon zeigen sich bei dieser ganzen Affäre noch weitere Aspekte, die dringend der Klärung bedürfen. So wird zum Beispiel jetzt in Hamburg darauf hingewiesen, dass der Vorfall mit der "Bilbao" den schon seit langem bestehenden Verdacht bestätigen dürfte, wonach auf deutschem Boden der französische Geheimdienst seine Agenten ansetzt.

Es verlautet nämlich, die französische Kriegsmarine sei durch Berichte aus Deutschland auf die angeblich für die Aufständischen in Algerien bestimmte Ladung der "Bilbao" aufmerksam gemacht worden. Vielleicht ergeben sich bei Prüfung der näheren Umstände Hinweise auf die Tätigkeit der "Roten Hand" in Deutschland, sowie auf einige andere sehr untergründige Vorgänge, die seit geraumer Zeit die deutsche Öffentlichkeit beunruhigen.

Auch auf französischer Seite dürfte bei der ganzen Angelegenheit einiges unklar sein. Zum Beispiel die Frage, ob die französische Kriegsmarine eigenmächtig oder im Auftrag der Regierung gehandelt hat. Wenn ersteres zutreffen sollte, dann ist dies ein Hinweis darauf, dass die Armee in Frankreich eine sehr selbständige Rolle spielt. Trifft dagegen die zweite Möglichkeit zu, dann wäre dies eine eklatante Verletzung des zwischen Bonn und Paris bestehenden Bündnisverhältnisses, eine Verletzung, die umso schwerer wiegt, als andere politische Fragen, wie zum Beispiel die Erklärungen de Gaulles und Debrés zur Oder-Neisse-Linie bis zum heutigen Tage ungeklärt geblieben sind.

"Dein guter Stern auf allen Strassen"

Von Franz Barsig

Es wäre ein grosser Fehler, wenn man sich schon jetzt mit den Bonner Justizbehörden auseinandersetzen würde, denn einmal muss man den Einstellungsbeschluss der 7. Strafkammer des Bonner Landgerichts in Sachen Kilb noch genau analysieren und zum anderen bleibt abzuwarten, ob die Staatsanwaltschaft gegen den Einstellungsbeschluss Beschwerde einlegen wird. Hier und heute haben wir uns mit dem politischen Tatbestand auseinanderzusetzen. Das gravierende Merkmal dabei ist, dass man in der ganzen Leihwagen-Affäre jetzt plötzlich zwischen dem Bundeskanzler und dem Parteichef Adenauer deutlich unterscheidet und in Verfolg dieser These den Ministerialrat Hans Kilb zu einem Erfüllungsgehilfen des Parteichefs Adenauer abstempelt. Gewiss, diese These finden wir auch im Einstellungsbeschluss der 7. Strafkammer wieder, aber man kann doch wohl mit Recht annehmen, dass sie nicht vom Gericht erfunden wurde, sondern sich aus der neuerlichen Zeugenaussagen des Bundeskanzlers ergibt.

Wenn das der Fall ist, dann kann man diese Adenauerische These nur als abenteuerlich kennzeichnen. Man ist es nachgerade gewohnt, dass der Bundeskanzler politisch niemals zwischen dem Kanzler eines ganzen Volkes und dem Parteimann einen Trennungsstrich ziehen kann. Auf diesem Gebiet gibt es auch rechtlich viele Vorgänge, die zu beanstanden sind. Das alles aber hat Dr. Adenauer persönlich zu verantworten und eines Tages wird er dafür auch zur Verantwortung gezogen werden, wenn andere Leute als bisher Akteneinsicht erhalten. Es ist aber nicht angängig, wenn auch Beamte aus dem Bundeskanzleramt öffentlich als CDU-Erfüllungsgehilfen abgestempelt werden. Politisch ist es absolut untragbar, dass man die Annahme von Leihwagen so deklariert, dass damit nicht dem Ministerialrat und persönlichen Referenten des Bundeskanzlers Vorteile gegeben wurden, sondern damit die Politik Adenauers als Chef einer Partei unterstützt wurde. Diese Vermengung von amtlicher Eigenschaft und parteipolitischer Tätigkeit - ist Kilb eigentlich Mitglied der CDU? - ist unstatthaft.

Es ist politisch hinreichend bekannt, dass es Behörden in Bonn gibt, und dazu gehören vor allem das Bundeskanzleramt und das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, die sich weniger als amtliche Institutionen, sondern als Aussenstellen des CDU-Hauptquartiers in der Bonner Kassestrasse fühlen. Im Falle Kilb aber geht es darüber hinaus um einen rechtlich zu würdigenden Tatbestand und wenn man dabei die These des parteipolitischen Erfüllungsgehilfen für rechtens erklärt, dann kann man bald das ganze Beamtentum und alle Bestimmungen über Bestechlichkeit von Beamten zu den Akten legen. Wenn das richtig ist, was der Bundeskanzler ausgesagt hat, dann ist in Zukunft jeder persönliche Referent eines Ministers oder eines Staatssekretärs berechtigt, Geschenke anzunehmen, denn warum soll man bei diesen Leuten nicht unterstellen, dass sie ihren Minister als Parteipolitiker unterstützen? Ja, jeder Beamte könnte sich eines Tages darauf berufen, eine politische Gesinnung zu haben, die der seines Ministers entspricht und folglich in dieser Funktion nicht mehr an das Beamtentum gebunden zu sein.

Die abenteuerliche These von parteipolitischen Erfüllungsgehilfen im Beamtengewand ist geeignet, Bonn in einen Sumpf zu verwandeln. Von einem Gericht sollte man erwarten dürfen, dass es nicht Sümpfe anlegt, sondern sie austrocknet.

+ + +

- 3 -

Grosse Sorgen in Smyrna

ED. Mehr als besorgt zeigen sich seit langen amerikanische Militärs, die im Regionalhauptquartier der NATO in Smyrna stationiert sind, über die innenpolitischen Spannungen in der Türkei. Hierbei spielen nicht nur die von der Regierung Menderes rigoros gehandhabte Pressezensur, die ständigen Verhaftungen missliebiger Journalisten, Professoren und Politiker eine Rolle, auch die heftigen Gegensätze zwischen der Regierungspartei des Staatspräsidenten Bayar und der oppositionellen Volkspartei, an deren Spitze der Nationalheld Ismet İnönü steht, lassen die offizielle Version von der "inneren Stabilität der türkischen Demokratie" als sehr trügerisch erscheinen.

Als kürzlich das Staatsoberhaupt die neue Sitzungsperiode des Parlaments eröffnete, applaudierten die herrschenden Demokraten, die Opposition - die über ein Drittel der Sitze verfügt - verharrte im eisigen Schweigen; damit wurde offensichtlich, wie sehr sie Bayar nicht als den unparteiischen Präsidenten, sondern als den Führer ihrer politischen Gegner sehen. Kein Wunder, wenn angesichts dieser Vorgänge die Unruhe bei Türken wie Ausländern über die zukünftige Entwicklung dieses wichtigen NATO-Mitglieds zunimmt. Nach dem Austritt des Irak aus dem von den Westmächten errichteten mittelöstlichen Verteidigungssystem bildet die Türkei nicht nur eine Art Sperrriegel zwischen der Sowjetunion und dem revolutionären Regime Kassems in Bagdad, sie ist zugleich Stütze und Schild für den persischen Alliierten.

Umso mehr aber muss die innenpolitische Lage die Frage aufwerfen, ob das Land im Falle aussenpolitischer Zuspitzungen - man denke an eine Wiederholung der sattsam bekannten orientalischen Krisen oder an einen verstärkten Druck Moskaus - überhaupt in der Lage ist, seinen Verpflichtungen als NATO-Partner nachzukommen; ganz zu schweigen von der latenten wirtschaftlichen Krise, die nur durch reichliche "Spenden" der USA und westeuropäischer Staaten, darunter vor allem der Bundesrepublik, von Saison zu Saison verschleiert wird.

Regierungspartei und Opposition stehen sich unversöhnlich gegenüber. Letztere sieht einen wachsenden Polizei- und Gesinnungsterror auf sich zukommen, der seinen Grund in den möglicherweise bald stattfindenden Wahlen hat. Obwohl die regierende Demokratische Partei über 409 der 610 Parlamentssitze verfügt, erhielt die Oppositionspartei bei den letzten Wahlen die Mehrheit aller Stimmen; nur ein recht verzwicktes Wahlsystem sowie umfassende Wahlfälschungen in der Provinz zugunsten der Regierungsfrent verhinderten den Sieg der Volkspartei.

Staatspräsident Bayar und Ministerpräsident Menderes befürchten bei einigermaßen korrekten Wahlen eine Niederlage ihrer Partei, da die Bevölkerung, ausgenommen ein Teil der Bauern, das herrschende System hasst. Die steigenden Preise, die knappen Lebensmittel, die allgemeine wirtschaftliche Misere, das Fehlen einer echten Vertrauensbasis, auf der Staat und Bürger sich begegnen, haben ein Klima der Resignation und Verzweiflung geschaffen, so dass ein Denken an das Funktionieren selbst der schein-demokratischen Einrichtungen aufgegeben werden muss.

Die amerikanischen NATO-Offiziere in Smyrna hegen schon Zweifel an der Richtigkeit der Überlegungen, die Raketenbasen zu verstärken. Zwar wird die türkische Armee für gut gehalten, was militärische Schlagkraft und Loyalität zur NATO betrifft, vom "Hinterland", von der Bevölkerung wagt dies 1959 niemand in der NATO-Zentrale in Smyrna zu behaupten. Und das von einem Menschentyp, der noch vor vier Jahren dem westlichen Europa als Beispiel unverrückbarer Festigkeit im "Kampf der Blöcke" vorgehalten wurde.

Schon jetzt ist man darum der Meinung, der Kurs auf eine wahre Demokratie müsse endlich auch in der Türkei eingeschlagen werden - oder aber man solle sich in der westlichen Welt mit dem Gedanken vertraut machen, dass die südöstliche Flanke der NATO verwundbarer ist als irgendein anderes Teilstück dieses Bündnisses, nicht auf Grund äusseren Drucks, sondern weil das Volk das Kujoniertwerden satt ist.

"Rettet die Freiheit" - vor William Schlamm

sp - Der Anglo-Österreicher William (Willi) Schlamm, der am Freitag in Bonn vor dem Komitee "Rettet die Freiheit" sein Buch über "die Grenzen des deutschen Wanders" erläuterte, verwickelte sich und seine Zuhörer in zahlreiche Widersprüche.

Schlamm behauptet, die Bundestagsdebatten über gesamtdeutsche Fragen seien unreal und ungeschichtlich. Daß der Bundestag darüber berate, wie man die Sowjets zum Rückzug aus Mitteleuropa bewegen könnte, sei eine "klinische Tatsache". Nachdem er in dieser unanständigen Weise den Bundestag beschimpft hat, wirft er den deutschen Zeitungen, ohne irgend eine Ausnahme, Würdelosigkeit, Verdummung der Leser und Käuflichkeit vor. Das Erstaunliche ist, daß diese Ausfälle von seinen Zuhörern mit dem gleichen lebhaften Beifall aufgenommen wurden, mit dem sie seinen Appell an die Deutschen begrüßten, sich endlich nationalbewußter zu zeigen. Offenbar gibt es in der Bundesrepublik noch Kreise, für die die Diffamierung des Parlaments und die Herabwürdigung der Presse als nationale Tat gilt. Ähnliche Zustimmung hat ein Österreicher in Deutschland schon einmal erfahren.

Nach der Bonner Rede sollte William Schlamm von den zuständigen deutschen Behörden darüber belehrt werden, wieviel nationale Würde es noch in Deutschland gibt. In keinem angelsächsischen Land kann jemand eine Vortragsreise von der Beschimpfung des Parlaments und der Presse bestreiten, ohne daß er nicht auf nachdrückliche Weise, meistens durch den Entzug des Visums, über die Grenzen der Gastfreundschaft belehrt wird. Auf diese Weise könnte man ihn am schnellsten von der Unrichtigkeit seiner These des Deutschland verloren gegangenen Nationalgefühls belehren.

Was die Argumente Schlamms angeht, erweist sich dieser Wunder-Mann als der blendend formulierende Fanatiker der Systemlosigkeit. Seine Hauptthese: man muß die Sowjets immer mit dem Krieg bedrohen, um sich ihnen gegenüber durchzusetzen, stützt er auf die Behauptung, daß die Sowjets den Krieg auf jeden Fall zu vermeiden suchen. In anderem Zusammenhang fügt er sogar hinzu, daß die Sowjets die westdeutsche Aufrüstung mit Sorge beobachten. Aber er leugnet, daß die Sowjets unter diesen Umständen ein Interesse daran haben könnten, sich einem System von Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa anzuschließen. Diesen Widerspruch hat Schlamm auch in Bonn nicht auflösen können, obwohl er gerade darauf seine maßlosen Angriffe gegen den Bundestag gründet.

Ähnlich widerspruchsvoll sind seine Äußerungen über die Rolle des Nationalismus in der Weltpolitik. Den Deutschen empfiehlt er den gleichen Nationalismus, den de Gaulle jetzt in Frankreich wiedererweckt habe. Um die Bedeutung des Nationalismus zu unterstreichen, verweist er auf die Schwierigkeiten der Sowjets in China, Polen und Ungarn. Andererseits braucht er die These vom monolithischen Sowjetblock, wenn er den Westen ermahnt, die Sowjets niemals aus der Kriegsarrangierung zu entlassen.

Mit dieser Art Empfehlungen läßt sich die deutsche Politik sicher nicht weiter entwickeln. Schlamm fordert, die Deutschen sollten Eisenhower Lauf zum Gipfel unterbrechen. Den Deutschen in der Zone würde er bei einem Aufstand Waffen liefern. Seine Ratschläge laufen also darauf hinaus, den Deutschen in Leipzig ein zweites Ungarn zu bereiten. Beifall für solche Reden in einer Bonner Zuhörerschaft wirkt beklemmend. Immerhin zeigt die Aufnahme Schlamms in Kreise von "Rettet die Freiheit", welche Tendenzen auch heute noch in Deutschland lebendig sind.

"Rettet die Freiheit" - vor Herrn Schlamm!

+ + +

14-Stunden-Fron für Maria

Maria ist vierzehn Jahre alt. Ein schmales, blasses Ding, anzusehen wie eine schwächliche Pflanze, die den ganzen Winter im dumpfen Zimmer nach Luft gehungert hat. Ein Schulkind, denkt man, das lange und erholsame Ferien nötig hätte.

Aber die kleine Maria ist Arbeiterin, und schon bald ein Jahr werktätig. In einer Münchener Textilfabrik steht sie an der Maschine und schafft das Tagewerk eines Erwachsenen.

Maria hat eine Reihe Kolleginnen im Betrieb, die mit ihr zusammen die Schulbank gedrückt haben. Sie alle sind blaß und müde wie sie selbst. Sie dürfen keine Kinder mehr sein. Sie haben keine Zeit, etwas für ihre Zukunft zu lernen. Sie kommen nicht einmal mehr dazu, die Aufgaben für die Berufsschule zu machen. Ihr einziger täglicher Weg ist der zur Straßenbahn, die sie in den Betrieb bringt. In den Betrieb, der Hochsaison hat, und in dem man infolgedessen Überstunden macht!

Wer Maria sieht, weiß, daß es ein Un Ding ist, solch junges Menschenkind in der kritischen Entwicklungszeit an eine Maschine zu stellen, die nicht für Kinder, sondern für Erwachsene konstruiert wurde. Maria ist der lebende Beweis dafür, daß wir ein neues Arbeitsschutzgesetz für unsere Jugend brauchen, das dafür sorgt, daß die Kinderarbeit dort ihre Grenze findet, wo sie die Natur hingesezt hat.

Blaß und todmüde

Aber derweil ein solches Gesetz immer noch auf sich warten läßt, wird nicht einmal jenes Minimum an Schutzbestimmungen respektiert, mit dem wir gegenwärtig vorlieb nehmen müssen. Danach dürfen Jugendliche nicht mehr als acht Stunden täglich und achtundvierzig in der Woche beschäftigt werden.

Die Jugendgerichtsverhandlung aber, deren Zeuge wir sind, bringt es an den Tag, daß es heute eine Form von Kinderarbeit in Deutschland gibt, wie sie etwa in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts üblich war.

Maria und ihre jugendlichen Kolleginnen arbeiten nämlich nicht acht Stunden täglich sondern - v i e r z e h n. Und das seit Monaten! Hinzu kommen An- und Abfahrtswege von mehr als einer Stunde! Die todmüden, blassen Vierzehnjährigen stehen den Tag und eine halbe Nacht an der Maschine, nur unterbrochen von einer kurzen Mittags- und noch kürzeren Kaffeepause. Und niemand fragt nach den gesundheitlichen Folgen, nach den erzieherischen Schäden, nach der auf höchste gesteigerten Unfallgefahr. Niemand auch, der verbindlich feststellen könnte, in wievielen Betrieben es ähnlich aussieht!

Die Leute

Ein Zufall hat Marias Arbeitgeber auffallen lassen. Vor dem Jugendgericht kostet ihn der Vierzehnsturentag der jungen Arbeiterinnen sechshundert Mark Geldstrafe. Die Entschuldigung des Angeklagten aber lautet: "Die umfangreichen Aufträge rissen nicht ab, der ganze Betrieb machte Überstunden. Ich habe mir dabei nichts gedacht, die Leute länger arbeiten zu lassen!"

"Die Leute..." die Kinder rangieren ebenso unter diesen Begriff wie die Erwachsenen. Ein Unterschied wird nicht gemacht. Gesetze, die es dennoch tun, gelten bei den smarten Managern als humanitärer Unfug.

Es sind Zehntausende vierzehnjährige Mädchen, die auch in diesem Jahr von der Schulbank weg in die Fabrik geschickt wurden. Sie alle besitzen nicht die geringste häusliche Ausbildung. Nach einigen Jahren am Fließband werden die meisten von ihnen heiraten, ohne auch nur die primitivste Grundlage ihres Lebensberufes als Hausfrau und Mutter zu beherrschen.

Und plötzlich wird offenbar, daß die Hilfsarbeiterjahre keineswegs leichtes Geld brachten, sondern in Wirklichkeit ein ganzes Leben lang bitter bezahlt werden müssen. Denn die Mädchen, die als Vierzehnjährige in die Fabrik gesteckt wurden, anstatt eine Haushaltsschule zu besuchen oder sonst etwas Nützliches zu lernen, sind weder ausreichend erzogen worden, noch haben sie für sich und ihre persönliche Zukunft die Kenntnisse erworben, ohne die man nun einmal keine Familie versorgen kann.

Jetzt wird sich endlich auch unser Parlament mit diesem überfälligen Thema befassen. Bereits dem zweiten Bundestag lag ein Gesetzentwurf der Opposition vor, der einen modernen Jugendarbeitsschutz verlangte, und sich vor allem dafür einsetzte, das Erwerbsleben durch Verlängerung der Schulpflicht hinauszuschieben. Ein Jahr blieb er unbearbeitet, weil ein Regierungsentwurf abgewartet werden sollte, der inzwischen fertig ist.

40 Stunden wöchentlich Arbeitszeit, gesicherter Berufsschulunterricht, vier Wochen Urlaub für Jugendliche bis zu 18 Jahren, laufende gesundheitliche Überwachung und nachhaltige Bestrafung bei Vergehen gegen dieses Gesetz sind die wichtigsten Forderungen zur Sicherung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung unserer arbeitenden Jugend.

Zu wenig

So wünschenswert all diese Forderungen sind, so wenig lösen sie doch das Problem. Die Väter und Mütter müssen vielmehr von ihren Abgeordneten verlangen, daß sie die Kinder grundsätzlich vom Fließband fernhalten. Wir brauchen ein gesetzliches Verbot der Beschäftigung von Mädchen unter sechzehn Jahren in Industriebetrieben!

Es gibt kaum einen deutschen Pädagogen, der nicht für das neunte und zehnte Schuljahr einträte, das alle Freunde der Jugend aus der vielfältigsten Gründen befürworten. Anders als in einer gelegentlichen Berufsschul-Kochstunde könnten die jungen Mädchen hier praktisch und theoretisch die Führung eines modernen Haushalts in allen seinen Zweigen wirklich erlernen. Säuglings- und Krankenschpflege, für so viele aus der heranwachsenden Generation böhmischen Dörfer, würden ein ordentliches Unterrichtsfach.

Entsprechende Anträge der SPD lagen dem Bundestag vor. Leider wurden sie abgelehnt mit der Erklärung, man sei nicht zuständig für die Schulen und außerdem fehle es an Geld. Beide Begründungen sind ungeheuerlich. In keinem anderen Kulturstaat könnte es das Parlament wagen, seine Verantwortung mit so billiger Begründung beiseitezuschieben!

Eine Lebensfrage

Kein Geld sagt man - dabei wissen wir alle, für welche Zweitrangigkeiten Millionen, ja Milliarden vorhanden waren. Deshalb sollten sich die Eltern heranwachsender Kinder in diesen Tagen an den Abgeordneten wenden, den sie mit ihrer Stimme nach Bonn entsandten. Sie sollten von ihm verlangen, daß er sich für die Vernunft und den Fortschritt einsetzt. Damit das Recht auf ausreichende Erziehung und Ausbildung für unsere Jugend endlich nicht länger bloß auf dem Papier steht!

L.W.

entnommen: "Gleichheit"

+ + +